

E.ON will Freileitungsbauweise festgeschrieben haben

Forderungen zum Planungsbeschleunigungsgesetz formuliert / IG „Vorsicht, Hochspannung“ wendet sich an Sigmar Gabriel

BECKSTEDT/BERLIN

(boh)

„Wenn man sich das durchliest, sollte man dabei sitzen!“, kommentiert Frank Windhorst aus Beckstedt, Sprecher der Interessengemeinschaft (IG) „Vorsicht, Hochspannung“, ein Positionspapier der E.ON zum – im Entwurf bereits vorliegenden – „Planungsbeschleunigungsgesetz“. Was der Stromriese darin formuliert, geht weit über bloße Anregungen hinaus. E.ON stellt knallharte Forderungen, will etwa die Freileitungsbauweise im Höchstspannungsbereich gesetzlich festgeschrieben wissen. Ginge es nach dem Konzern, gäbe es für ein 380-KV-Leitungsbauvorhaben, wie es aktuell auf der Trasse Ganderkesee-St. Hülfe

geplant ist, nur die Planfeststellung. Das vorgeschaltete Raumordnungsverfahren hält E.ON für überflüssig, und die Klagemöglichkeiten betroffener Bürger hätte der Energieversorger gern beschnitten. Eine solche Einflussnahme von Wirtschaft auf Politik sei „schon sehr bitter“, findet Windhorst.

In einem Schreiben an Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) bringt er seine Kritik deutlich zum Ausdruck: „Die Netze werden mittels alter Technologien ausgebaut, und man hat nicht den Mut, neueste Erkenntnisse zusammenzuführen und gemeinsam umzusetzen. Es wird sogar versucht, eine Erdverlegung mittels Gesetzesforderung

seitens Netzbetreiber generell zu verbieten. Man geht in dem Gesetzesvorschlag so weit, dass der Bürger in seinen Grundrechten beschnitten werden soll.“

Windhorst appelliert im Namen der rund 3500 IG-Mitglieder an Gabriel: „Unterstützen Sie unsere Forderung, umweltschonende Energie auch umweltschonend zu transportieren!“ In einem „anderen Ministerium“, so führt er aus, scheine dieser Gedanke „generell verworfen zu werden, obwohl gerade dieses neue Technologien vorantreiben sollte“ (gemeint ist offenbar das Bundeswirtschaftsministerium von Michael Glos, CSU). Mit Nachdruck macht sich Frank Windhorst in sei-

nem Brief an Gabriel für die Verlegung einer unterirdischen gasisolierten Leitung (GIL) auf der 380-KV-Trasse von Ganderkesee nach St. Hülfe stark: „Hier“, so schreibt er, „stellt sich uns die Frage, welche Möglichkeiten bestehen, seitens Land und Bund Fördergelder oder Beihilfen für eine Pilottrasse bereitzustellen.“ Als Argumente für die unterirdische Technik führt der IG-Sprecher die geringeren Leitungsverluste ins Feld, mit der sich wiederum eine erhebliche Senkung der Kohlendioxid-Emissionen erreichen ließe. Die GIL wäre außerdem nicht mit gesundheitlichen Risiken durch Elektromog verbunden. Seilabrisse und Mastumbrü-

che wären ausgeschlossen. Haftungsrisiken der Energieversorger und Wertverluste bei den trassennahen Immobilien würden minimiert. Der Naherholungswert der Landschaft und die Lebensqualität blieben erhalten.

Die unterirdische Technik werde von den Netzbetreibern jedoch nicht berücksichtigt, wofür „rein wirtschaftliche Gründe“ angeführt würden, während Umwelt- und Gesundheitsaspekte „zurückstehen“ müssten, kritisiert Windhorst.

Einmal mehr wirft er auch die Frage nach der Notwendigkeit der 380-KV-Leitung Ganderkesee-St. Hülfe auf: „Wird diese Trasse überhaupt gebraucht zur Ableitung von vor der Küste er-

zeugter Onshore-Energie? Es gibt die Möglichkeit, vorhandene Leitungen bis zu 30 Prozent durch innovative Maßnahmen, zum Beispiel durch Temperaturmonitoring, aufzurüsten. Warum wurden die frei werdenden Leitungskapazitäten durch die geplanten Abschaltungen der küstennahen Kernkraftwerke nicht mit berücksichtigt?“

Die Regierungsvertretung sei, so der IG-Sprecher weiter, nicht verpflichtet, die Notwendigkeit der beantragten Trasse zu überprüfen. Stattdessen verlasse man sich auf „die Aussagen der Netzbetreiber“. Dies sei ein „unannehmbarer“ Zustand. Hier müsse „dringend gehandelt“ werden.